

ne von Reziprozität und Kooperation und

- fördere drittens das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Arbeits- und Lebensraum.

Die solidarische Sozialwirtschaft sei weder eine Ökonomie der Armen noch eine Alternative zum Kapitalismus, betonte Lasida. Sie könne dem einzelnen eine neue Erfahrung seiner Kreativität verschaffen und Exklusion in ihren unterschiedlichen Formen bekämpfen.

### Das christlich-soziale Denken

Damit stand nun endgültig, neben der Beschäftigungsproblematik, die Frage der Arbeit im Focus. Inwiefern ist die christliche Soziallehre (in Frankreich spricht man lieber vom „christlich-sozialen Denken“) durch die Veränderungen in der modernen Arbeitswelt herausgefordert? Passen die tradierten Vorstellungen von Arbeit noch auf die heutige Situation? Ist das humanistische Konzept der Arbeit als Aktivität des Menschen für den Menschen noch gültig? Der Sozialethiker Bruno-Marie Duffé zeigte in seiner Analyse das kritische Potential, das in der christlich-sozialen Denktradition liegt, die Arbeit stets als Selbst-Ausdruck des Individu-

ums und als Beitrag zum Aufbau der menschlichen Gemeinschaft verstanden hat. Verändert haben sich unter den modernen Bedingungen jedoch drei fundamentale Dimensionen der Arbeit:

- der persönliche Bezug zur Arbeit (Gefahr der Isolierung durch die neuen Technologien),
- das Verhältnis zur Zeit (Auswirkungen der Deregulierung) und
- das Verhältnis zu den anderen, zur Gemeinschaft (Wer sind die Adressaten?).

Daraus ergeben sich drei zentrale Fragen: Warum arbeiten wir? Mit wem arbeiten wir? Für wen arbeiten wir? Persönliche Verantwortung, Beziehungen am Arbeitsplatz, Wissen um die Adressaten sowie internationale Solidarität treten ins Blickfeld. Deutlich wurde in diesem Referat, dass die christliche Soziallehre dabei ist, ihre Kategorien der neuen Situation anzupassen. Dieser Prozess scheint noch längst nicht abgeschlossen. Um von einem agrarisch geprägten Arbeitsbegriff zu einem Arbeitsverständnis zu gelangen, das den Bedingungen der Industrialisierung gerecht wurde, war schließlich auch geraume Zeit nötig. Was christlich-soziales Denken bieten kann, ist eine vertiefende Analyse. Dafür wa-

ren die Ausführungen von Bruno-Marie Duffé ein Beleg.

### Zivilgesellschaftliches Engagement

Sichtbar wurden an allen drei Veranstaltungsorten ein breites Spektrum von Initiativen und Experimenten, so z.B. neue Unternehmensansätze wie die Wirtschaft in Gemeinschaft, Maßnahmen im Berufsbildungsbereich, insbesondere für Jugendliche, Begleitung Arbeitssuchender, Integration Ausgeschlossener. Eine Plattform für den Austausch schufen 120 Arbeitskreise. Der Präsident der 2010 gegründeten nationalen Agentur für den Freiwilligendienst, Martin Hirsch, machte sich zum Sprecher dieses zivilgesellschaftlichen Engagements, das für die Wirtschaft unverzichtbar sei und vielen die Chance auf einen würdigen Platz in der Gesellschaft eröffne. Die Sozialwochen selbst nutzten die Gelegenheit, um das von ihnen entwickelte „Livret professionnel universel“ vorzustellen, eine Art Berufspass, der dazu dienen soll, durch Aufklärung über Rechte und Fördermaßnahmen die Beschäftigungskarriere zu stabilisieren.

Wilhelm Rauscher, Bonn

## Buchbesprechungen



### Religion im säkularen Verfassungsstaat

Thomas Bohrmann, Gottfried Küenzlen (Hg.): *Religion im säkularen Verfassungsstaat (Schriften des Instituts für Theologie und Ethik der Universität der Bundeswehr München, Band 1)*, Münster: Lit Verlag 2012, 140 S., ISBN 978-3-643-10842-5.

„Religion und Politik“, das ist seit einigen Jahren ein Dauerthema in Feuilleton und Wissenschaft. Exzellenzcluster wurden dazu geschaffen; die wichtigsten Großintellektuellen haben sich, zum Teil umfassend (u.a. Taylor, Habermas, Joas), geäußert. Der hier besprochene Band

scheint dem nichts Originelles hinzuzufügen, und das nicht nur aufgrund seines trivialen Titels. Auch als Element der Schriftenreihe eines Universitätsinstituts muss man von der Publikation nichts Einschlägiges erwarten. Ein Buch wie das vorliegende nimmt man aus anderen





Gründen zur Hand: in der Hoffnung auf verborgene Schätzchen – auf Texte, welche unterbelichtete Aspekte der Thematik fokussieren und deren Autoren sich darin als kompetent erweisen.

Mehrfach wird diese Hoffnung erfüllt, so etwa im Beitrag von *Said A Dailami*, der sich mit muslimischer Identität im modernen Verfassungsstaat auseinandersetzt. Für ihn besteht solche Identität in einer „gelebten Paradoxie“. Er erläutert dies mit Hilfe des von Thomas Bauer geprägten Begriffs der „Ambiguitätstoleranz“ muslimisch-gläubigen Selbstverständnisses: Solche Paradoxie kann als ein legitimes und lebbares Modell der Glaubenshaltung gegenüber Säkularität und Moderne begriffen werden; sie ist nicht Notnagel oder unter Druck erzeugte Inkaufnahme einer westlich geprägten Zuordnung von Politik und Religion, sondern Alternative dazu, indem sie weder auf fixierte Mischungsverhältnisse noch auf eindeutiger Trennung beharrt. Vielmehr vermag sie „Unklarheiten“ konstruktiv in Identitätskonzepte einzuarbeiten. Der Artikel verarbeitet islamwissenschaftliche und verfassungstheoretische Literatur und bietet eine Reflexion auf die – kulturelle und kognitive – Kontextualität beider Denkungsweisen an. Das führt zu Einsichten, die das Thema originell und präzise auf den Punkt bringen.

Ebenfalls prägnant ist die von *Friedrich Lohmann* eröffnete Perspektive, der darüber nachdenkt, wie die multikulturelle Gesellschaft konzeptionell zu fassen ist. Er diskutiert die verschiedenen sozialwissenschaftlichen Modelle, die dabei helfen sollen, mit Phänomenen gesellschaftlich erlebter Verschiedenheit umzugehen. Das französische Paradigma der „laïcité“ zählt dazu, ebenso das angelsächsische Konzept des „melting pot“



sowie der „liberal culturalism“ eines Will Kymlicka. Auch wenn die sich anschließende christlich-ethische Unterscheidung der Paradigmen etwas dünn ausfällt, ist der Wert des Beitrags hoch; seine Orientierungsleistung wird ermöglicht durch den analytisch scharfen Blick auf die unterschiedlichen Modelle des kulturellen und politischen Miteinanders.

Als experimentell, aber nicht minder interessant lassen sich die beiden Beiträge von *Jochen Bohn* bezeichnen. Vor dem Hintergrund eines mehr geschichtstheologisch als sozialwissenschaftlich imprägnierten ethischen Interesses wird die epistemologische Prämisse von Politik in der Moderne geltend gemacht – das Scheitern aller Versuche eines selbstmächtigen Subjektes, sich an die Stelle des entthronten Gottes zu setzen und damit der ausgetriebenen transzendenten Legitimität politischen Handelns eine neue Legitimität zu unterlegen. Bohns programmatische Aussage dazu lautet: „Der leere Stuhl muss leer bleiben. Zugleich aber muss der entmachtete Mensch durch eine

veränderte Deutung Gottes wieder dazu befähigt werden, dem destruktiven ‚Absolutismus der Wirklichkeit‘ eine wirkmächtige Vollmacht entgegenzuhalten.“ Theologisch folgt daraus für den Autor die Verpflichtung auf eine „Ungültigkeitspolitik“, welche die im repräsentationslogischen Modell von Politik zu machenden „Vergütungsaussagen“ vermeidet und damit den gesellschaftlichen Scheingöttern die Hoffnung auf den „lebendigen Gott der Ungültigkeit“ erinnert.

Der Theologe freut sich bei so viel Eschatologie, der Ethiker aber seufzt: Wie denn soll mit einer solchen Epistemologie konkrete Politik ausformuliert werden? Politische Theologie, das war bei J. B. Metz immer schon als ein Defizit zu spüren und zeigt sich hier einmal mehr, kennt nur das große Ganze, oder gar nichts. Politische Ethik aber muss sich dem Konkreten widmen; sie muss Aussagen von mittlerer Reichweite treffen. Einen kontingenzbewussten Pragmatismus scheint auch Bohn nicht als Element ethischen Nachdenkens über das Politische zu akzeptieren. Dennoch: Seine Überlegungen zeigen eindrücklich das Format auf, unter dem die vielfältigen Aporien zeitgenössischer Politik gedacht werden müssen.

Drei einleitende Artikel von den Herausgebern und der Rechtswissenschaftlerin Kathrin Groh bieten ausreichendes und einschlägig präsentiertes Material für eine umfassende Information aus verfassungsrechtlicher und sozialetischer Perspektive auf Titelthema und -frage des Bands. Unterm Strich bleibt der Eindruck eines zwar unscheinbaren, aber qualitativ überdurchschnittlichen und deshalb empfehlenswerten Debattenbeitrags.

*Daniel Bogner, Fribourg*



## *Schöne neue Kommunikationswelt oder Ende der Privatheit?*

Grimm, Petra/Zöllner, Oliver (Hg.): *Schöne neue Kommunikationswelt oder Ende der Privatheit? Die Veröffentlichung des Privaten in Social Media und populären Medienformaten*, Stuttgart: Peter Steiner Verlag 2013, ISBN 978-3-515-10296-4.

Als Kanzlerin Angela Merkel vor einiger Zeit in einer Berliner Pressekonferenz zusammen mit Präsident Barak Obama das Internet als „Neuland“ bezeichnete, ergoss sich fast zeitgleich ein sogenannter „Shitstorm“ über sie. Die Internet-Nutzer machten sich lustig über so viel vermeintliche Naivität. Ihr Regierungssprecher beeilte sich einige Tage später zu modifizieren, die Kanzlerin meine nicht das Internet an sich, sondern den rechtlichen Umgang damit. Und in der Tat: Wenngleich das Internet ganz selbstverständlich zum Alltag der meisten Menschen gehört, laufen die rechtlichen und gesellschaftlichen Reflexionen den rasanten Entwicklungen hinterher. Wie sieht es mit dem Schutz der Privatheit in Networking-Plattformen aus und welche Probleme ergeben sich etwa aus der Ökonomisierung privater Daten? Gibt es Unterschiede zwischen einem Online- und Offline-Verständnis von Privatheit? Muss nicht eine „neue“ Ethik des Privaten entworfen werden? Der auf eine Tagung zurückgehende Sammelband greift u. a. diese aktuellen Fragen auf.

Im Mittelpunkt steht das Verhältnis junger Menschen zu Social Media. Kommunikationswissenschaftler, Medienethiker, Wirtschaftswissenschaftler, Branchenvertreter und Datenschützer kommen zu Wort und entfalten die Thematik entlang verschiedener Themenblöcke, die sich mit einer „Ethik der Privatheit“, den „Konzepten von Privatheit und Gesellschaft“ sowie „regulatorischen“ und „ökonomischen Aspekten“ befassen. Damit werden wichtige Eckpunkte der aktuellen Diskussion aufgegriffen. An dieser Stelle können nicht alle Beiträge besprochen werden. Gleichwohl lassen sich



drei Kernpunkte herauskristallisieren, die in vielen Beiträgen zur Sprache kommen:

- die Zuschreibung von Verantwortung entsprechend der verschiedenen Akteure auf der Mikro-, Meso- und Makroebene,
- die unterschiedliche Kompetenz zum individuellen Privatheitsmanagement und
- die Konsequenzen aus der Verwertbarkeit privater Daten durch ökonomisch oder politisch motivierte Akteure.

Zurecht wird grundsätzlich hervorgehoben, dass Social Media von jungen Menschen nicht als „Problem“ oder „Bedrohung“ empfunden wird, sondern zum selbstverständlichen Instrument der Beziehungsgestaltung gehört (Uwe Hasebrink). Zwar besteht unter Jugendlichen weiterhin ein Gefühl für schützenswerte Privatheit, jedoch lässt sich oft ein sogenanntes „privacy paradox“ beobachten, d. h. Nutzer schätzen zwar ihren privaten Raum, schützen sich aber nicht, da der Schutz mit anderen Gütern, wie z. B. soziale Nähe, Annehmlichkeit und Selbstdarstellung konkurriert (Grimm/Neef). Sind damit die Plattformbetrei-

ber „aus dem Schneider“? Keineswegs, denn statt der meist standardmäßig niedrigsten Privatsphäre-Einstellungen sollte die Zustimmungsregelung über die Reichweite der Veröffentlichung als Standard implementiert werden (Rüdiger Funiok). Zudem sind die Prozeduren des Privacy-Settings oft kompliziert und schwer durchschaubar. Aber auch unter restriktivsten Privacy-Settings bleibt die eingestellte private Information, etwa bei Facebook, durch unbegrenzte Nutzungs- und Verwertungsrechte des Betreibers der Verfügungsgewalt des Nutzers dauerhaft entzogen, selbst bei einer späteren Datenlöschung. Bernhard Debatin erinnert deshalb die Nutzer daran, sich beim Preisgeben von Informationen selbst zu beschränken und die (universalisierende) Frage zu stellen, ob sie wollen können, dass diese Information dann quasi von der „ganzen Welt“ gesehen werde.

In diesem Zusammenhang wird jedoch die Problematik des „privacy divide“ offenbar. Insbesondere Angehörige sozial und bildungsmäßig schwächer gestellter Nutzergruppen können hinsichtlich ihres Privatheitsschutzes und der Folgenabschätzung ihres Onlineverhaltens benachteiligt sein (Grimm/Neef). So lautet die wiederkehrende Forderung einiger AutorInnen, dass die Medienkompetenz der Nutzer zu stärken sei. Freilich wird auch die Verantwortung des Staates bzw. Gesetzgebers thematisiert, die Privatheitssphäre der Bürger zu schützen. Die Notwendigkeit normativer Leitlinien und gesetzlicher Rahmenbedingungen wird hervorgehoben (Wagner). Nach den vielfältigen Enthüllungen zu den (meist illegalen) Onlineüberwachungen vieler Staaten, mag man in Bezug auf einen ambitionierten Gestaltungswillen hin zu einer restriktiveren Gesetzgebung – zumindest international – kaum euphorisch werden.

Weitere interessante Aspekte werden mit dem Phänomen des „Skripted Reality“ in vielen TV-Formaten und den damit einhergehenden Realitätsentwür-

fen erschlossen (Dörr/Herz/Johann). Hier wird die engere „Social-Media-Thematik“ verlassen und die sich verschiebenden Grenzlinien des Privaten und Authentischen werden aufgezeigt. Mit dem Phänomen der „kontextuellen Integrität“ einer Person beschäftigt sich Rafael Capurro und kommt zu dem Schluss: „Wenn der politischen, kommerziellen und ökonomischen Macht ein grenzenloser Zugang zu sowie die Verknüpfung von Daten aus unterschiedlichen Kontexten mit

verschiedenen moralischen und rechtlichen Regeln gewährt wird, dann bedeutet das nicht nur eine Aushöhlung der ‚kontextuellen Integrität‘, sondern auch eine Vorstufe zu digitalen Totalitarismen.“ (S. 123) Eine Lösung aus diesem Dilemma könne sein, niemals seine wahren Daten zu verwenden. Dies würde dann allerdings ethische Fragen nach der Authentizität und Wahrhaftigkeit aufwerfen. Angesichts der Totalitarität des Phänomens könne man eine solche „Gue-

rilla-Taktik“ zumindest erwägen, so Capurro.

Für alle, die sich im rasant entwickelnden Terrain von Internet und Social Media mehr ethische Klarheit verschaffen wollen, ist das Buch eine sehr gute Wahl, auch wenn die Beiträge – wie in vielen Tagungsbänden – nicht immer nahtlos aufeinander abgestimmt sind und sich gerade im ersten Drittel einige Wiederholungen bemerkbar machen.

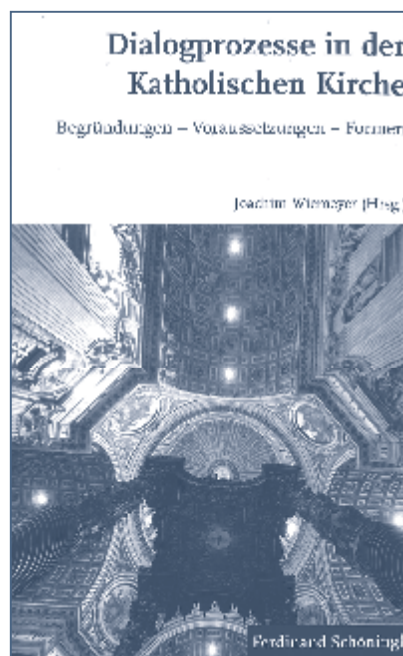
*Udo Lehmann, Wuppertal*

## Dialogprozesse in der katholischen Kirche

Joachim Wiemeyer (Hg.): *Dialogprozesse in der Katholischen Kirche. Begründungen – Voraussetzungen – Formen*, Paderborn: Schöningh 2013, ISBN 978-3-506-77629-7.

Bei diesem Band handelt es sich um die Dokumentation der Beiträge einer Tagung der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum, die sich dem Verständnis von Dialog in der Katholischen Kirche und Theologie vor dem Hintergrund der neuen Dialoginitiativen der Deutschen Bischofskonferenz und verschiedener Bistümer in Deutschland widmet. Nach dem Missbrauchsskandal, der eine tiefgreifende Vertrauenskrise in der Katholischen Kirche deutlich zu Tage treten ließ, hatten der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz sowie im Nachgang eine Reihe von Diözesanbischöfen einen Dialogprozess begonnen. In diesen Dialogprozessen soll auf der einen Seite neu reflektiert werden, wie die Kirche unter völlig veränderten Bedingungen heute und zukünftig lebendige Kirche sein kann, und wie auf der anderen Seite eine neue Gesprächskultur eingeübt werden kann.

Der vorliegende Band reflektiert diese neue Praxis aus unterschiedlichsten Perspektiven. Zugleich wirft er einen Blick auf die vielen Herausforderungen, die sich für die Kirche ergeben, wenn sie den Dialog als zentrales Element kirchlichen Selbstvollzugs ernst nimmt. Vor diesem Hintergrund spannt er den Bogen vom



Apostelkonzil über das Zweite Vatikanische Konzil, die Würzburger Synode und den Konsultationsprozess zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland bis hin zu den neuen Dialogprozessen und bezieht auch Fragen der Kommunikation, des Marketing und der Organisationsentwicklung ein.

Den Eröffnungsvortrag hielt Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen, der sowohl Mitverantwortung für den bundesweiten Gesprächsprozess der Deutschen Bischofskonferenz trägt als auch als erster Deutscher Bischof einen bistumseigenen Dialogprozess (im Bistum Essen) initiiert hat. Mit Thomas Söding kommt ein

Neutestamentler zu Wort. Joachim Wiemeyer bringt mit Blick auf den Konsultationsprozess zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland eine sozialetische Perspektive in die Debatte ein. Hermann Josef Pottmeyer wirft einen fundamentaltheologischen Blick auf die Debatte. Pastoraltheologische Überlegungen bringen Manfred Belok und Bernhard Spielberg ein. Auch die auf die Gemeinde bezogene Perspektive des Pastoralreferenten Thomas Wienhardt bereichert die Vielschichtigkeit des Buches. Der Politik- und Religionswissenschaftler Antonius Liedhegener wirft einen Blick zurück auf die Kirche in Deutschland während der Würzburger Synode und auf die wichtigen Veränderungen innerhalb der deutschen Kirche in der Zeit nach der Synode. Vor allem aber die Beiträge von Thomas von Mitschke-Collande aus dem Bereich der Unternehmensberatung und der Organisationsentwicklung sowie der Beitrag von Hartmut Holzmüller aus dem Bereich des Marketings weiten das Verständnis der innerkirchlichen Dialogprozesse.

So ist der Band schon jenseits der einzelnen Inhalte durch die unterschiedlichsten Perspektiven der Autoren eine Bereicherung für die Debatte über den Dialog in der Kirche und ein konstruktiver Beitrag der Theologie zu weiterführenden Überlegungen in Bezug auf den Dialog, der nach dem Memorandum Katholischer Theologen vielfach eingefordert wurde.

*Judith Wolf, Mülheim/Ruhr*